

Ang. 25. NOV. 1981

5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 5 44-1, Fernschreiber 08 86 804

DER LEITER DES BÜROS FÜR AUSWÄRTIGE BEZIEHUNGEN

V e r m e r k
-.-.-.-.-

Bonn, den 23. November 1981.

für: Herrn Dr. Kohl.

Betr.: Entwicklung in Mittelamerika, insbesondere
in El Salvador.

Im Hinblick auf Ihre geplante Unterredung mit Morales Ehrlich
gebe ich nachstehend eine kurze Analyse der Entwicklung in jün-
ger Zeit:

- a) Durch die Ankündigung von Wahlen zu einer verfassungsgebenden
Versammlung hat die Regierung einen gewissen Trumpf in der
Hand. Bisher haben sich 6 Parteien eingeschrieben und sich
auch über die Bedingungen der Durchführung der Wahlen, die
im März 1982 stattfinden sollen, geeinigt. 2 weitere Parteien
sind dabei, sich zu organisieren. Problematisch ist, daß
die Sozialdemokratische Partei unter Ungo, die zusammen mit
den Guerilla-Organisationen in der "Frente Democratico Revo-
lucionario" (FDR) zusammengeschlossen ist, eine Teilnahme an
der Wahl kategorisch ablehnt. Die FDR propagiert anstelle
von Wahlen eine politische Lösung, die ihr ohne demokratische
Legitimierung eine Teilhabe an der Macht sichert und damit
die Möglichkeit gibt, El Salvador langfristig in ihrem Sinne
umzugestalten. Beispielsweise stellt die FDR intern Über-
legungen an, eine solche Lösung durch Einberufung einer inter-
nationalen Konferenz über El Salvador - unter Einbeziehung
Kubas und der Sowjetunion - herbeizuführen. Zumindest wird
aber die FDR versuchen, die Wahlen nach außen als eine Farce
hinzustellen und ihre Durchführung durch eine Steigerung des
Terrors im Lande zu behindern. Unter diesen Umständen ist es

außerordentlich wichtig, daß westliche Regierungen die Durchführung von Wahlen in El Salvador unterstützen. Es ist als sehr positiv zu werten, daß Außenminister Genscher seinem Kollegen aus El Salvador diese Unterstützung ausdrücklich zugesagt hat. Genscher hat bei gleicher Gelegenheit die Entsendung einer Beobachterdelegation aus der Bundesrepublik Deutschland in Aussicht gestellt. Die Anwesenheit zahlreicher ausländischer Beobachter dürfte es in der Tat der Linken erschweren, den Wahlen ihren demokratischen und freien Charakter abzusprechen. Andererseits ist das Argument der Linken, daß unter den derzeitigen Umständen - nach wie vor werden täglich Menschen in El Salvador umgebracht - Leib und Leben ihrer Kandidaten gefährdet sei, nicht einfach von der Hand zu weisen.

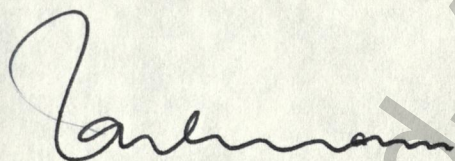
- b) Es ist außerordentlich schwierig, sich über die militärische Lage ein zutreffendes Bild zu verschaffen. Der salvadorianische Verteidigungsminister Garcia sah sich kürzlich genötigt, den Erklärungen von Außenminister Haig zu widersprechen, wonach zwischen Regierungstruppen und Guerilla in El Salvador ein Patt herrsche. Der Innenminister hat in einem Gespräch mit GS Geißler diese Position bekräftigt, aber eingeräumt, daß sich die Streitkräfte einer zermürbenden "hit and run" Taktik der Guerilla gegenübersehen. Er betonte aber, daß die Guerilla bisher nicht in der Lage gewesen sei, Teile des Territoriums von El Salvador ständig zu kontrollieren. Dies ist insofern von Bedeutung, als sich in diesem Fall die Gefahr ergäbe, daß sich eine Gegenregierung bildet. Sehr zu schaffen macht der Regierung die Tatsache, daß die Terroranschläge auf die zivile Infrastruktur in jüngster Zeit stark zugenommen haben. Damit wird insbesondere auch der ohnehin schon desolaten Wirtschaft des Landes weiterer Schaden zugefügt. Andererseits verscherzt sich die Linke durch derartige Aktionen auch noch die letzten Reste an Sympathie in der Bevölkerung. Weitgehend ungelöst ist nach wie vor das Problem der Übergriffe sowohl paramilitärischer Gruppen als auch von Teilen der Streitkräfte gegen die Zivilbevölkerung. Die CDU hat die verschiedenen Gesprächspartner aus El Salvador immer wieder auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, daß die Regierung hier durch Gerichtsverfahren entsprechende Exempel statuieren muß, um auch international glaubwürdig zu bleiben.

c) Wenn die Domino-Theorie Gültigkeit hat, dann in Mittelamerika. Würde El Salvador in die Hände der Linken fallen, dann wäre es morgen um Honduras und Guatemala geschehen. Langfristige strategische Ziele der von der Sowjetunion und Kuba unterstützten Umwälzung in Mittelamerika sind die Kontrolle über den Panamakanal sowie über das mexikanische und venezolanische Öl. Neben El Salvador sind z.Zt. die besonders kritischen Punkte Nicaragua und Honduras. Die Junta in Nicaragua macht inzwischen aus ihrer marxistisch-leninistischen Ausrichtung keinen Hehl mehr und ist dabei, den bisher bestehenden politischen Pluralismus mehr und mehr abzuwürgen. Das Land macht unter aktiver Assistenz Kubas einen Militarisierungsprozeß durch. Es hat weit mehr Soldaten unter Waffen als es für seine Verteidigung benötigt. Die Anwesenheit von - aus Libyen eingeführten - sowjetischen Panzern ist unbestritten. Wenn das Mitglied des Direktoriums der "Frente Sandinista", Wheelock, in einem Gespräch mit GS Geißler am 19.1.81 behauptet hat, diese Aufrüstung sei die Antwort auf Drohungen der USA, verkehrt er Ursache und Wirkung. (Andererseits hat Alfonso Robelo von der Sozialdemokratischen Partei Nicaraguas mir gegenüber die Drohgebärden der USA verurteilt, weil sie den Spielraum der Opposition in Nicaragua einschränkten.) Für den Westen stellt sich die lebenswichtige Frage, wie die allmähliche Destabilisierung Mittelamerikas gestoppt werden kann. Hierbei stehen im wesentlichen zwei Mittel zur Verfügung:

1. politischer Druck, der auf die Durchsetzung pluralistischer Lösungen zielen muß - dies gilt nicht nur für Nicaragua, sondern auch für Länder wie Guatemala;
2. großzügige und umfassende wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen, die diesem Ziel untergeordnet werden sollten (insofern kommt der Ankündigung von Außenminister Genscher, daß die Bundesregierung ihre Hilfe an El Salvador wieder aufnehmen wird, besondere Bedeutung zu; gleichzeitig ist zu begrüßen, daß BM Offergeld die Weitergewährung von Hilfe an Nicaragua an Bedingungen knüpfen möchte).

Die CDU kann folgenden Beitrag zur Stabilisierung leisten:

- a. Unterstützung der Schwesterpartei PDC in den Wahlen von El Salvador (hierzu wird Ihnen Generalsekretär Geißler mündliche Vorschläge machen), auch durch Entsendung einer eigenen Beobachterdelegation zu den Wahlen.
- b. Hilfe beim Aufbau eines von der Regierung El Salvador geplanten Informationsbüros in Bonn, das für ganz Europa tätig werden soll.
- c. Beratung der PDC im Bereich der politischen Bildung und im Hinblick auf die Wahlen durch die KAS.
- d. Entsendung von deutschen Journalisten nach El Salvador.
- e. Aktive Unterstützung unserer christdemokratischen Freunde in Guatemala in ihrer Auseinandersetzung mit der dortigen Militärregierung.



(Dr. Peter Hartmann)

Bonn, 26. November 1981

Der stellvertretende Sprecher der CDU, Walter Brückmann, teilt mit:

Auf Einladung der CDU hält sich am Donnerstag und Freitag dieser Woche eines der vier Mitglieder der Revolutionsjunta von El Salvador, der christdemokratische Politiker Dr. Antonio Morales Ehrlich in Bonn auf. Dr. Ehrlich, der innerhalb der Junta für die Agrarreform in El Salvador verantwortlich ist, führt Gespräche mit dem CDU-Parteivorsitzenden Dr. Helmut Kohl, CDU-Generalsekretär Dr. Heiner Geißler sowie Vertretern der Mittelstandsvereinigung und der Sozialausschüsse. Dr. Ehrlich trifft auch mit dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Hans-Jürgen Wischniewski zusammen. Am heutigen Donnerstagabend referiert Dr. Ehrlich auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung über die Agrarreform in El Salvador. Nach Angaben Ehrlichs sind bereits 60 Prozent des Großgrundbesitzes von El Salvador enteignet und an insgesamt 320 Produktionsgenossenschaften verteilt worden. Das Junta-Mitglied hob die bisherigen Erfolge der Landreform hervor, die er als eine der tiefgreifendsten in der ganzen Welt bezeichnete. Sie dürfe im Interesse der positiven Entwicklung seines Landes nicht durch Druck von außen gestoppt werden. Zum erstenmal produziere El Salvador Agrarüberschüsse. Das Land habe eine Rekord-Ernte hinter sich und müsse nach Export-Märkten außerhalb Mittelamerikas Ausschau halten.

CDU-Generalsekretär Dr. Heiner Geißler sicherte dem Junta-Mitglied aus El Salvador zu, die von den Christdemokraten geführte

Landreform zu unterstützen. Die Agrarreform sei ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierung und positiven Weiterentwicklung von El Salvador. Geißler hob gegenüber seinem Gast hervor, daß die CDU nachhaltig die Ziele der Christdemokraten von El Salvador unterstütze, eine Lösung der Probleme durch freie allgemeine Wahlen zu erreichen. Der CDU-Generalsekretär sagte, die CDU begrüße es, daß im März nächsten Jahres in El Salvador freie Wahlen unter internationaler Beobachtung stattfinden werden.

V e r m e r k

-.--.-.-.-.-.-

Bonn, den 7. Oktober 1981.

für: Herrn Dr. Geißler.

Betr.: Besuch von Alejandro Duarte und Gerard Le Chevallier
bei Ihnen am 7.10.1981.

Aus Ihrem heutigen Gespräch mit Alejandro Duarte und Gerard Le Chevallier sind folgende Punkte festzuhalten:

- Nach den Worten Duartes unterstützen die Militärs den Demokratisierungsprozeß in El Salvador und werden das Ergebnis der für März 1982 geplanten Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung respektieren.
- Zur Wahl stellen können sich alle bestehenden ebenso wie neu gegründete Parteien. UNO und OAS würden zur Beobachtung der Wahlen eingeladen. Es bestehe jedoch die Gefahr, daß die Wahlen von den Linken boykottiert werden, um sie vor der Weltöffentlichkeit als Farce darzustellen. Daher wird die CDU um entsprechende Einflußnahme auf die Sozialdemokraten sowie die Sozialistische Internationale ersucht.
- Für November wurde ein weiterer Besuch Duartes, möglicherweise in Begleitung des Junta-Mitgliedes Antonio Morales Ehrlich, in der Bundesrepublik und anderen europäischen Ländern ins Auge gefaßt. Dabei sollen nach Möglichkeit auch Gespräche mit Vertretern von SPD und FDP geführt werden, um diese zu einer positiven Einstellung zu den Wahlen in El Salvador sowie entsprechender Einflußnahme auf die dortigen Oppositionsparteien zu bewegen. Außerdem ist für eine objektivere Unterrichtung der Öffentlichkeit durch die Medien Sorge zu tragen.
über die Situation in El Salvador

→ JS fragen -

- Im Einzelnen stehen folgende Schritte an:

1. Gespräche mit Sozialdemokraten und Freien Demokraten; evtl. Gesprächstermine für Duarte und Ehrlich im November festlegen. (Derken?)
2. Einfluß der CDU gegenüber EVP und EDU geltend machen, um eine einheitliche Position zu beziehen gegenüber der Diffamierung des Wahlprozesses durch die Sozialistische Internationale. (Schreiben an EVP- und EDU-Mitglieder; Ansprechen beim Generalsekretärstreffen am 21.10.81 in München.)
3. Beobachter der CDU nach El Salvador entsenden.
4. Im November oder Dezember 81 eine ausgewählte europäische Journalistendelegation unter Leitung von Herrn Dr. Geißler oder Tindemans für einige Tage nach El Salvador entsenden. (Reisekosten sollten von der Weltunion übernommen werden:)
5. Ein geeigneter Journalist sollte für ca. 2 Monate nach El Salvador entsandt werden, um möglichst objektiv und effizient über die Lage im Land zu berichten. (Konrad-Adenauer-Stiftung ansprechen; Finanzierung des Aufenthaltes in El Salvador gesichert.)
6. Möglichkeit der Wahlkampffinanzierung (Kosten auf US\$ 800.000,-- veranschlagt) mit Dr. Kohl und Leisler Kiep besprechen.

(Anfried Baier)

V e r m e r k

Bonn, den 7. Oktober 1981.

für: Herrn Dr. Geißler

Betr.: Geplante Aktionen zugunsten von El Salvador.

Zu den im beigefügten Vermerk von Frau Baier aufgeführten Vorschlägen für weitere Schritte zugunsten von El Salvador darf ich folgende Hinweise geben:

zu 2. Auch ich halte es für wichtig, daß wir weiterhin in der Frage der Wahlen in El Salvador Flagge zeigen; allerdings dürfte es nicht einfach sein, jede einzelne Mitgliedspartei der EVP und der EDU auf diese Linie festzulegen; die Niederländer haben in der beigefügten Erklärung, die vom CDA am 24. September 1981 abgegeben wurde, als Bedingung für Wahlen die Beendigung jeder Gewalttätigkeit genannt - natürlich eine Bedingung, die unerfüllbar sein dürfte. Auch in eine ähnliche Richtung geht möglicherweise die - leider nicht im Wortlaut vorliegende - Erklärung des Erzbischofs Rivera y Damas entsprechend der beigefügten Meldung von DDP. Ich würde daher raten, eine entsprechende Initiative über den jeweiligen Vorsitzenden der EVP bzw. EDU einzufädeln und nicht namens der CDU die einzelnen Mitglieder der beiden Gruppierungen einzeln anzusprechen.

zu 4. Die Weltunion steht z.Zt. vor leeren Kassen; Dr. Kohl hat angeordnet, daß die Zahlung unserer zweiten Tranche erst erfolgt, wenn wir Klarheit über eine Reform der Weltunion an Haupt und Gliedern besitzen. Ich wüßte daher nicht, woher die Mittel für ein derart aufwendiges Vorhaben kommen

k könnten. Ich schlage vor, daß auch diese Frage in das Gespräch mit dem Parteivorsitzenden einbezogen wird.

Ich teile im übrigen die Befürchtung von Alejandro Duarte, daß die Linken die Wahlen in El Salvador boykottieren werden. Das beigefügte Interview, das Ungo dem PPP gegeben hat, ist in diesem Punkte glasklar. Die Linken argumentieren, daß unter den gegebenen Umständen Leib und Leben ihrer Kandidaten gefährdet sei. Dieses Argument ist nicht einfach von der Hand zu weisen. Denn auch Napoleon Duarte kann - da sollten wir uns keine Illusionen machen - sich nicht dafür verbürgen, daß den Kandidaten der Linken kein Haar gekrümmt wird. Auf dieses Problem müßten wir unsere salvadorianischen Freunde ansprechen, bevor die CDU, wie das gewünscht wird, auf die SPD und FDP einwirkt; zumindest erstere wird sich das Argument von Ungo voll zu eigen machen, wie schon der Artikel von Wieczorek-Zeul gezeigt hat.

(Dr. Peter Hartmann)

V e r m e r k
-.-.-.-.-

Bonn, den 7. Oktober 1981.

für: Herrn Dr. Geißler.

Betr.: Besuch von Alejandro Duarte und Gerard Le Chevallier
bei Ihnen am 7.10.1981.

Aus Ihrem heutigen Gespräch mit Alejandro Duarte und Gerard Le Chevallier sind folgende Punkte festzuhalten:

- Nach den Worten Duartes unterstützen die Militärs den Demokra-#
tisierungsprozeß in El Salvador und werden das Ergebnis der
für März 1982 geplanten Wahlen zu einer verfassunggebenden
Versammlung respektieren.
- Zur Wahl stellen können sich alle bestehenden ebenso wie neu
gegründete Parteien. UNO und OAS würden zur Beobachtung der
Wahlen eingeladen. Es bestehe jedoch die Gefahr, daß die Wahlen
von den Linken boykottiert werden, um sie vor der Weltöffentlich-
keit als Farce darzustellen. Daher wird die CDU um entsprechende
Einflußnahme auf die Sozialdemokraten sowie die Sozialistische
Internationale ersucht.
- Für November wurde ein weiterer Besuch Duartes, möglicherweise
in Begleitung des Junta-Mitgliedes Antonio Morales Ehrlich, in
der Bundesrepublik und anderen europäischen Ländern ins Auge
gefaßt. Dabei solßen nach Möglichkeit auch Gespräche mit Ver-
tretern von SPD und FDP geführt werden, um diese zu einer posi-
tiven Einstellung zu den Wahlen in El Salvador sowie entspre-
chender Einflußnahme auf die dortigen Oppositionsparteien zu
bewegen. Außerdem ist für eine objektivere Unterrichtung der#
Öffentlichkeit durch die Medien Sorge zu tragen.
über die Situation in El Salvador

→ JS fragen 2 -

- Im Einzelnen stehen folgende Schritte an:

1. Gespräche mit Sozialdemokraten und Freien Demokraten; evtl. Gesprächstermine für Duarte und Ehrlich im November festlegen. (Denken?)
2. Einfluß der CDU gegenüber EVP und EDU geltend machen, um eine einheitliche Position zu beziehen gegenüber der Diffamierung des Wahlprozesses durch die Sozialistische Internationale. (Schreiben an EVP- und EDU-Mitglieder; Ansprechen beim Generalsekretärstreffen am 21.10.81 in München.)
3. Beobachter der CDU nach El Salvador entsenden.
4. Im November oder Dezember 81 eine ausgewählte europäische Journalistendelegation unter Leitung von Herrn Dr. Geißler oder Tindemans für einige Tage nach El Salvador entsenden. (Reisekosten sollten von der Weltunion übernommen werden:)
5. Ein geeigneter Journalist sollte für ca. 2 Monate nach El Salvador entsandt werden, um möglichst objektiv und effizient über die Lage im Land zu berichten. (Konrad-Adenauer-Stiftung ansprechen; Finanzierung des Aufenthaltes in El Salvador gesichert.)
6. Möglichkeit der Wahlkampffinanzierung (Kosten auf US\$ 800.000,-- veranschlagt) mit Dr. Kohl und Leisler Kiep besprechen.

(Anfried Baier)